

P R O T O K O L L
der 356. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 22. Oktober 2013
Zeit	19.30 – 21.00 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Bärtschi Markus
Mitglieder	Aebersold Jürg, Arn Daniel, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Corti Andrea, Damke Andreas, Fitze Wehrle Barbara, Friedli Rolf (bis 20.45 Uhr), Gossweiler-Ebnetter Jsabelle, Graham Marina, Grubwinkler Christa, Gubler Matthias, Hässig Vinzens Kornelia, Humm Martin, Häusermann Martin, Jordi Kevin, Kämpf Marcel, Kästli Marc, Kneubühler Peter, Lüthi Adrian, Mallepell Elisabeth, Marti Beat, Müller Frei Lisa, Näf-Piera Virtudes, Pulver-Schober Beatrice, Racine Raphael, Reimers Markus, Schmitter Beat, Schneider Beat, Sigrist Roman, Spycher Christian, Stettler Jürg, Thut Walter, Treier Hannes, Wegmüller Beat
Stimmenzählende	Kästli Marc, Näf-Piera Virtudes
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident, Aeschimann Pia, Gubler-Geelhaar Patricia, Künzi-Egli Barbara, Lack Stephan, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Schmid Beat, Finanzverwalter
Entschuldigt abwesend	GGR: Brügger Yong, Burkhard Fabian, Raaflaub-Minnig Ruth, Schwander Fritz
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

Geschäfte 9

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 17. September 2013	140
2	Kulturkommission; Ersatzwahl	140
3	Investitions- und Finanzplan 2013-2018 Genehmigung des Voranschlags, des Gemeindesteueransatzes, der Liegenschaftssteuer und der Feuerwehropflichtersatzabgabe für das Jahr 2014	141
4	Interpellation Kneubühler (FDP): Künftige Investitionstätigkeit im Zeichen prekärer Gemeindefinanzen	154
5	Postulat Kneubühler (FDP) betr. durchgehender beidseitiger Velostreifen für den Dennigkofenweg	155
6	Postulat FDP/jf-Fraktion betr. Lärmbelastung und Sicherheit Flugplatz Bern-Belpmoos	155
7	Motion Wegmüller (SP) betr. Neufinanzierung der Feuerwehr Allmendingen-Muri-Gümligen	156
8	Informationen des Gemeinderats	157
9	Neue parlamentarische Vorstösse	157

Der Vorsitzende eröffnet die 356. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 36 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Zuhörer im Saal.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 Protokoll der Sitzung vom 17. September 2013

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 Kulturkommission; Ersatzwahl

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für die auf den 31. Oktober 2013 zurücktretende Renate Beyeler schlage das forum Lea Heimann, Storchenhübeliweg 13, 3074 Muri bei Bern zur Wahl als Präsidentin vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Lea Heimann wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied und gleichzeitig zur Präsidentin der Kulturkommission gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert der Gewählten herzlich zur Wahl.

3 Investitions- und Finanzplan 2013-2018 Genehmigung des Voranschlags, des Gemeindesteueransatzes, der Liegenschaftssteuer und der Feuerwehrpflichtersatzabgabe für das Jahr 2014

Der Vorsitzende verweist auf den elektronischen Nachversand des Dokuments "Korrekturen Gemeinderat".

Jsabelle Gossweiler führt als GPK-Sprecherin aus, als erstes möchte sie sich bei Beat Schmid und der Finanzabteilung für die wie immer sehr detaillierten und ausführlichen Unterlagen bedanken. Die in diesem Jahr erstmals durchgeführte Fragestunde für Parlamentarier sei auf grosses Interesse gestossen und auf diesem Weg hätten Unklarheiten und Fragen bereits im Vorfeld direkt und ohne grossen Aufwand geklärt werden können. Nach detaillierten Ausführungen des Finanzverwalters und des Gemeindepräsidenten habe sich die GPK ein klares Bild der nicht gerade rosigen Finanzzeit, die auf unsere Gemeinde zukomme, machen können. Nur mit Sparmassnahmen alleine könnten die fehlenden Steuereinnahmen nicht wettgemacht werden und aus diesem Grund sei eine Steuererhöhung, wenn auch moderat von 1,3 Steuerzehnteln, unumgänglich.

Die GPK begrüsse die Liste mit den möglichen Sparmassnahmen und den daraus resultierenden Kürzungen bei den freiwilligen Zuschüssen. Ob sich unsere Gemeinde diese Angebote leisten wolle oder nicht, liege nicht in der Entscheidung der GPK, sondern sei schlussendlich ein politischer Entscheid. Der Sache dienlich sei, dass alle Angebote und Dienstleistungen ohne Wenn und Aber durchleuchtet und für das Parlament transparent aufgelistet worden seien. Allerdings gelte es zu bedenken, dass mögliche Umsetzungen von finanziellen Einsparungen erst ab dem Jahr 2015 greifen könnten. Die GPK attestiere dem Gemeinderat, alle finanztechnischen Möglichkeiten angewandt zu haben und einen sorgfältigen Umgang mit den immer knapper werdenden finanziellen Ressourcen zu pflegen. Dies alles unter Einhaltung der finanzpolitischen Eckwerte der Gemeinde, nämlich dass das Eigenkapital nicht unter 3 Steuerzehntel sinken, die Verschuldung die CHF 50 Mio.-Grenze nicht überschreiten und die Gemeinde keine höheren Steuern als nötig erheben sollte. Dass bei positiver Finanzentwicklung der Gemeinde Muri die Steuern und die Liegenschaftssteuern wieder gesenkt würden, sei für die GPK selbstverständlich.

Die GPK empfehle dem Parlament die Anträge 1-3 einstimmig, den Beschluss zum Antrag 4 – Variante 1 – grossmehrheitlich zur Annahme. Ein Mitglied habe die vom Gemeinderat ebenfalls geprüfte Variante 2 bevorzugt. Abschliessend könne sie festhalten, dass die GPK die Steuererhöhung einstimmig zur Annahme empfehle.

Thomas Hanke erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, was sich bereits bei der Präsentation der Jahresrechnung 2012 abgezeichnet habe, sei leider eingetroffen. Die Steuereinnahmen gingen weiter zurück und die direkt oder indirekt verursachten Aufwandbelastungen durch kantonale und eidgenössische Vorgaben würden zunehmen. Mit andern Worten: Im Budgetprozess habe sich ein erhebliches Defizit abgezeichnet, dem es zu begegnen gelte.

Vorab zum Investitionsplan: Der Gemeinderat habe sich zum Ziel gesetzt, bei der Investitionsplanung ein Bekenntnis für einen konsequenten Liegenschaftserhalt bzw. -unterhalt zu setzen. Daher habe er die p.m.-Positionen nach Möglichkeit gestrichen und in Anlehnung an den Bericht Rohrer die sich daraus abgeleiteten Kosten in den Investitionsplan aufgenommen. Damit sei die gewünschte Transparenz geschaffen worden und ersichtlich, dass das Investitionsvolumen über alle Planjahre um rund CHF 20 Mio. grösser ausgefallen sei, als im letzten Plan ausgewiesen. So seien nun pro Jahr Investitionen im Umfang von rund CHF 8 Mio. vorgesehen. Die Verteilung der Investitionsvorhaben auf die einzelnen Planjahre sei in Absprache mit den Verantwortlichen der Gemeindeverwaltung vorgenommen worden; so sei auch mit dem neuen Leiter Hochbau + Planung, Herrn Sebastian Mävers, geprüft worden, ob die Vorhaben gestützt auf das in Angriff genommene Projekt "Immobilienbewirtschaftung" zeitlich realistisch abgewickelt werden könnten.

Wo machbar, habe der Gemeinderat im Investitionsplan die vorgenommenen Einsparungen bzw. Redimensionierungen ausgewiesen. Als Beispiele seien erwähnt das "Zurückfahren" bei den Spielplätzen und das Absehen von Erneuerungen beim Lehrschwimmbecken. Das Projekt der ASP, wie sie der Kanton nun vollzogen habe bzw. immer noch vollziehe, habe der Gemeinderat im Laufe des Budgetprozesses initiiert. Der genaue Verlauf bzw. die Handhabung müsse noch konkretisiert und festgelegt werden, doch stehe schon heute fest, dass der Gemeinderat in der Verwaltung im Rahmen der ASP eine Arbeitsplatzüberprüfung vornehmen werde. Für den Gemeinderat stehe auch fest, dass das Parlament künftig nicht einzig über den Budgetprozess in dieses ASP-Programm einbezogen werde. Wie genau dieser Einbezug erfolgen könne, werde zurzeit noch näher konkretisiert.

Den Entscheid, das Lehrschwimmbecken Melchenbühl auf Ende Schuljahr 2013/2014 zu schliessen, habe der Gemeinderat in Kenntnis der ständig immensen Investitionen – nächstes Jahr würden ja solche im Umfang von CHF 315'000.00 und gemäss längerfristiger Investitionsplanung jährliche Investitionskosten von rund CHF 110'000.00 anfallen – und des jährlichen Aufwandes von rund CHF 175'000.00 bereits in einem Zeitpunkt gefällt, in dem die Durchführung der ASP noch nicht spruchreif gewesen sei. Ein Zuwarten mit dem Entscheid habe er wegen der anstehenden hohen Investitionen nicht mehr verantworten wollen. Der Gemeinderat sei sich sehr bewusst, dass das Schwimmen Pflichtfach sei und dass alternative Lösungen angeboten werden müssten. Er sei sich ebenfalls bewusst, dass der allfällige Rückbau des Beckens und eine anderweitige Verwendung der Lokalitäten mit Kosten verbunden seien. Diesen Herausforderungen nehme er sich konsequenterweise an. Den betroffenen Kommissionen sei der Entscheid des Gemeinderats zur Kenntnis gebracht worden; eine weitergehende Information müsse auf dem Entscheid des Parlaments aufgebaut werden.

Nun zum Voranschlag 2014: Bei der Budgeterarbeitung habe sich rasch gezeigt, dass wir die Ausgaben, soweit diese steuerbar seien – mindestens 80 % seien fremdgesteuert –, im Griff hätten. Aufgrund der eingangs erwähnten Rahmenbedingungen wäre wegen der Ertragsprognosen bei einer unveränderten Steueranlage von 1.07 ein Defizit von CHF 6,8 Mio. entstanden. Wie in der Botschaft aufgezeigt werde, stelle der bisherige Satz von 1.07 ja de facto eine Steuersenkung dar. CHF 6,8 Mio., einen derartigen Betrag könne der Gemeinderat nicht einfach einsparen. Es habe sich also die Frage gestellt, wie man vorgehen wolle, wenn man das Defizit reduzieren müsse. Im Sinne einer Opfersymmetrie habe der Gemeinderat beschlossen, einerseits den Ertrag zu steigern und andererseits die Ausgaben strengstens zu handhaben und – wo machbar – Kürzungen vorzunehmen, auch wenn diese vorläufig für ein Jahr bestimmt seien. Die für nächstes Jahr vorgenommenen Kürzungen im Umfang von CHF 377'000.00 – die Einzelheiten seien dem Rat in

Listenform dokumentiert worden – betrachte der Gemeinderat als moderat und nicht existenzgefährdend; zudem seien sie nicht tel quel sakrosankt. Im Rahmen der vorgesehenen ASP würden die einzelnen Bereiche überprüft und in einem zweiten Schritt die Flughöhe – sofern eine Beibehaltung vorgesehen sei – diskutiert und festgelegt. Wie bereits angetönt, sollte die Diskussion über diese künftigen Dienstleistungen und die Flughöhe nicht im Rahmen des Budgets, sondern separat geführt werden. Nach Bereinigung der Aufwandseite sei man dann daran gegangen, die Ertragsseite des Voranschlags zu konkretisieren. Dabei sei die Einhaltung der Eckwerte der Finanzpolitik – wie sie die Sprecherin der GPK bereits dargelegt habe – für den Gemeinderat Pflicht gewesen.

In Anbetracht dieser Eckwerte und der Vorgabe, dass das Defizit – auch im Hinblick auf den mutmasslich nicht rosigen Rechnungsabschluss 2013 – unter CHF 1 Mio. betragen müsse, habe sich gezeigt, um wie viel die Steueranlage angehoben werden müsse, um Dienstleistungsangebot und Infrastruktur bezahlen zu können. Bei der vorgeschlagenen Variante 1 handle es sich um eine Erhöhung um 1,3 Steuerzehntel und wenn der "Hype" überschritten sei, sei es für den Gemeinderat ohne Weiteres ein Thema, den Stimmberechtigten wiederum eine Steuersenkung zu beantragen. Muri lebe davon, eine steuergünstige Gemeinde zu sein und mit einer Steueranlage von 1.20 sei die Gemeinde nächstes Jahr immer noch die Nummer 3 im Kanton Bern. Allerdings müsse dabei begleitend die Liegenschaftssteuer auf 0,7 ‰ erhöht werden. In der Gemeinde gebe es rund 3'500 Liegenschaftsbesitzer, welche mit Sanierungen ihre Steuern gut optimieren könnten. Dies sei letztlich für den Gemeinderat ausschlaggebend gewesen, dem Parlament zuhanden der Stimmberechtigten eine Steuererhöhung gemäss Variante 1 zu beantragen. Damit werde erreicht, dass Muri steuerattraktiv bleibe und das Dienstleistungsangebot – abgesehen vom Lehrschwimmbecken, dies aber erst ab Sommer 2014 – nicht abgebaut werde; es sei denn, im Rahmen der ASP würden sich andere Folgerungen ergeben.

Er habe noch eine Präzisierung zur Botschaft, Seite 11: "Allfällige arbeitgeberseitige (neue) Sonderfinanzierungsmassnahmen für die Pensionskasse sind nicht budgetiert". Diese Aussage sei nach wie vor richtig; doch habe er in der Fragestunde vom vergangenen Dienstag darauf hingewiesen, dass man wohl mit keinen weiteren Finanzierungsmassnahmen im Jahr 2014 rechnen müsse, da eine Fondsbeitragslösung in Aussicht gestanden habe. Wie es der Teufel so wolle, habe sich am Mittwochmorgen ergeben, dass die Fondsbeitragslösung nicht spruchreif sein könne. Zuerst sei man etwas euphorisch davon ausgegangen, dass per 1. Januar 2014 der Wechsel ins Beitragsprimat in Kombination mit der Auslagerung der Pensionskasse beschlossen werden könne und man damit auch wisse, ob die bisherigen Sanierungsbeiträge ausreichend seien. In diesen Bestrebungen gebe es leider Bremser. Das Bundesgesetz schreibe die Auslagerung der Pensionskasse in eine öffentlich-rechtliche Anstalt oder in eine Stiftung zwingend vor; ursprünglich auf 1.1.2014, nun spätestens auf 1.1.2015. Da die Gemeinde bereits über zwei öffentlich-rechtliche Anstalten verfüge, sei es naheliegend, auch die Pensionskasse in eine solche zu überführen. Unsere Gemeindeordnung enthalte aber – ein Unikat weit herum – eine Bestimmung, dass die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt zwingend, auch wenn das höher gelagerte Bundesrecht etwas anderes vorschreibe, der Gemeindeabstimmung unterliege. Bei der Wahl einer Stiftung hingegen wäre das Parlament abschliessend zuständig. Man sei nun mit externen Juristen am Abklären, in welchem Umfang die Botschaft dem Stimmvolk vorzulegen sei. Auf der Zeitachse betrachtet werde der Primatwechsel und darauf folgend die Auslagerung erst ab dem 1. Juli 2014 möglich sein. Erst dann werde auch klar sein, ob und in welchem Umfang weitergehende Beiträge der öffentlichen Hand nötig seien.

Abschliessend ersuche der Gemeinderat die Ratsmitglieder, mit Überzeugung in die Budgetdebatte einzutreten und zur Sanierung der Gemeindefinanzen den – zuge-

gebenermassen – zum Teil schmerzlichen Einschnitten auf der Aufwand- wie auch auf der Ertragsseite zuzustimmen.

Der Vorsitzende erklärt, gemäss den kantonalen Vorschriften müsse der Voranschlag durch das Parlament zwingend beraten werden. Aus diesem Grund werde die Eintrittsfrage nicht gestellt. Zur Beratung schlage er folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen zum Gesamtpaket, Detailberatung in folgender Reihenfolge: Investitionsplan kapitelweise, Finanzplan, Voranschlag 2014 kapitelweise, Zusammenstellung der wesentlichen, nicht gebundenen Ausgaben.

Es werden keine Einwände gegen dieses Vorgehen erhoben.

Fraktionserklärungen:

Christian Spycher führt aus, die SVP-Fraktion sei überzeugt, dass der Gemeinderat eine umsichtige, überlegene Haltung im Bereich der Gemeindefinanzen und Investitionen aufzeige. Die SVP teile auch die Auffassung, dass die Gemeinde Muri primär ein Ertragsproblem habe. Ausgabenseitig würden insbesondere die massiven Kostensteigerungen beim kantonalen Lastenausgleich ins Gewicht fallen, wie die soeben von der Finanzdirektion des Kantons Bern publizierten Zahlen aufzeigen würden. Aus den Hauptgründen, dass die finanzpolitischen Eckwerte einzuhalten seien, seien im Rahmen der ASP – Aufgaben- und Strukturüberprüfung – die erkennbaren unumgänglichen Einsparungen bereits jetzt umzusetzen, und nicht erst im Jahr 2015. Die SVP sei sich bewusst, dass diese Massnahme nicht genügend sei und nächstes Jahr im Rahmen der finanzpolitischen Eckwerte – Bestand des Eigenkapitals solle nicht unter 3 Steuerzehntel sinken, die Verschuldung solle die Grössenordnung von CHF 50 Mio. nicht übersteigen, flexible Handhabung der Steueranlage und keine Erhebung von Steuern auf Vorrat – Steuererhöhungen im vorgeschlagenen Rahmen noch einmal anstehen würden. Zudem wolle die SVP zuerst die Grundlagen schaffen und die Bereitschaft der Einwohner unserer Gemeinde für die Aufgaben- und Angebotsüberprüfung – heisst: "Verzicht auf Dienstleistung und daraus folgende effiziente Verwaltung umsetzen" – wissen. Dies sei das Verständnis der SVP zu "welche Attraktivität wollen wir wirklich in unserer Gemeinde als Lebens-, Wohn- und Wirtschaftsstandort". Sie beauftrage den Gemeinderat, sofort mit der Organisation und Struktur Anpassung zu beginnen und diese umzusetzen. Zum Beispiel sei das Lehrschwimmbecken Melchenbühl wie geplant zu schliessen und als Dienstleistung bei den umliegenden Gemeinden das Angebot und die Umsetzungsmöglichkeiten abzuklären (Personalkosten, Energielabel, usw.). Somit laute der Antrag der SVP: Rückweisung an den Gemeinderat zur Überarbeitung nach den realen, unveränderten Ansätzen.

Kornelia Hässig führt namens der SP-Fraktion aus, bekanntlich sollte man am Anfang immer das Positive hervorstreichen und dies falle ihr heute einmal wirklich überhaupt nicht schwer. Die Partei habe den Investitionsplan und den Finanzplan eingehend studiert und könne Gemeinderat und Verwaltung ein gutes Zeugnis ausstellen; sie bedanke sich für den seriösen Finanzplan. Zuerst wolle sie auf den Investitionsplan eintreten. Es falle auf, dass endlich einmal ein Investitionsplan vorliege, der auf 5 oder 6 Jahre hinaus die Kosten im Blick habe. Letztes Jahr seien im Investitionsplan für die Schulliegenschaften noch CHF 5,2 Mio. für eine 6-jährige Periode enthalten gewesen, heute seien es CHF 12,2 Mio., was – wie von Thomas Hanke erwähnt – auch dem Bericht Rohrer entspreche. Man kenne die Zahlen; Investitionen von CHF 68 Mio. in den nächsten 20 Jahren könnten wir einfach nicht beliebig vor uns hinschieben. Sie möchte dem Gemeinderat – und der Verwaltung – explizit danken, dass er endlich reagiert habe und die Instandhaltung und Instandsetzung der Liegenschaften auf seriöse Beine stelle und sich dies auch im Investitionsplan spiegle. Dabei handle es sich um eine seriöse Finanzplanung. Was man bis jetzt gemacht

habe, sei schlicht und einfach und nett gesagt beschönigend gewesen. Sie erinnere daran, dass im Jahr 2011, als das Parlament die Steuererhöhung auf 1.07 beschlossen habe, man dies aufgrund eines Finanzplans getan habe, der ein typisches Merkmal gehabt habe: Nach dem zweiten Planungsjahr seien die Investitionszahlen massiv in den Boden hinunter gesunken. Zum Beispiel im Schulliegenschaftsbereich habe man für das Jahr 2015 sage und schreibe CHF 240'000.00 eingestellt und für das Jahr 2016 Null. Dies sei nicht seriös gewesen, was sicherlich allen klar sei. Sie danke dafür, dass heute ein Investitionsplan vorliege, der Hand und Fuss habe.

Zum Voranschlag: Sie wolle daran erinnern, dass im Jahr 2011 die bürgerlichen Parteien und Parlamentarier den Gemeinderat dafür gelobt hätten, dass er sehr sparsam mit dem Geld umgehe. Dies könne sie auch bestätigen; sie wisse aus eigener Erfahrung, dass in Muri jeder Rappen mindestens zweimal umgedreht werde. Nochmals ein Vergleich mit dem Jahr 2011, als die legendäre Steuererhöhung beschlossen worden sei: Damals habe man für das Jahr 2015 mit Aufwänden von CHF 70 Mio. gerechnet; heute rechne der Gemeinderat mit solchen von CHF 68 Mio. Für das Jahr 2016 habe man damals mit CHF 71 Mio. gerechnet, heute rechne der Gemeinderat wieder mit CHF 68 Mio. Dies zeige doch, dass der Gemeinderat die Aufwände im Griff haben wolle. Ob er es schaffe, bleibe dahingestellt, sie zweifle noch daran. Aber immerhin könne man dem Gemeinderat sicher nicht vorwerfen, er werfe das Geld zum Fenster hinaus. Seit dem Jahr 2008 verzeichne die Gemeinde Aufwände von ca. CHF 68 Mio. Es wäre etwas unrealistisch und auch weltfremd, wenn man heute verlangen würde, dass man weniger als vor 6 Jahren ausgeben. Wenn dies möglich wäre – dass man viel weniger als damals ausgeben –, hätten alle in diesem Saal, auch die Bürgerlichen, seit 6 Jahren offensichtlich immer den Segen dazu gegeben, dass man verschwenderisch gelebt habe. Sie erinnere noch einmal an das Jahr 2011: Damals habe die SP bereits klar davor gewarnt – und der damalige Finanzplan habe dies ja ausgewiesen –, dass man in 3 Jahren das Eigenkapital auf CHF 10 Mio. hinuntergefahren habe. Das Parlament habe es damals bevorzugt, dies zu ignorieren. Sie danke dem Gemeinderat dafür, dass er nun der Realität in die Augen schaue. Ein gewisses Eigenkapitalpolster sei vor allem in der heutigen Zeit, wo es schwer vorhersehbar sei, wie sich die Wirtschaft entwickle, sehr wichtig. Zudem habe sich der Gemeinderat wie erwähnt auf die Fahne geschrieben, dass er eine Aufgaben- und Strukturüberprüfung vornehme, was durchaus sinnvoll sei. Man könne aber sicher jetzt schon sagen – sie habe ja auch schon einige Jahre lang tiefen Einblick in den Finanzplan gehabt –, dass es nicht viele Sparmassnahmen geben werde, die viel einschenken würden. Und wenn sie nicht viel einschenken würden, hätten sie auch keine grossen Auswirkungen auf den Steuerfuss. Wenn sie aber wirklich viel einschenken sollten, so werde dies schmerzlich sein und dann werde die politische Debatte beginnen. Ob man dann die Streichungen vornehmen könne, werde sich herausstellen; so einfach werde dies nicht sein, dies könnte man allenfalls zu Hause machen.

Wenn der Rat heute eine Steuererhöhung, inkl. Erhöhung der Liegenschaftssteuer, beschliesse, so werde er fähig sein zu erkennen, dass eine seriöse Finanzplanung vorliege. Man könne die Investitionen im Liegenschaftsbereich nicht einfach auf Null hinunterfahren und das Eigenkapital nicht beliebig schröpfen. Man habe auch eine Verantwortung gegenüber den nächsten Generationen. Der heutige Entscheid falle natürlich etwas schwer, dies sei klar. Es sei ein wenig unangenehm, wenn man nach zwei Jahren schon wieder mit einer Steuererhöhung kommen müsse, da frage sich das Volk vielleicht, was man eigentlich mache. Aber das gehöre dazu und der Rat müsse nun einfach dazu stehen. Mit der heutigen Planung sei man auf gutem Weg. Unvorhersehbares sei immer möglich, aber Vorhersehbares müsse man zwingend einplanen und dies habe der Gemeinderat nun gemacht, was man auch gebührend würdigen sollte. Sie warne vor einer Vogel-Strauss-Haltung wie den Kopf in den Sand

stecken, zuwarten, aufschieben, an den Zahlen herumschrauben; der Rat müsse nun endlich wieder für gesunde Finanzen sorgen.

Sie möchte noch speziell erwähnen – wie Thomas Hanke an der Infoveranstaltung (für welche sie sich noch bedanken wolle, sie habe dies eine tolle Idee gefunden und SP und forum hätten sie auch rege genutzt) auch gesagt habe –, dass die vom Gemeinderat beschlossenen Kürzungen wirklich nur für dieses Jahr Gültigkeit hätten. Unter dieser Prämisse stimme die SP diesen Kürzungen auch zu; obwohl sie mit einigen nicht einverstanden sei, schlucke sie die Kröte. Sie möchte einfach, dass alles noch einmal überprüft und dem Parlament sauber vorgelegt werde. Insbesondere die Kürzungen im Sozial- und Familienbereich würden der SP etwas weh tun und sie wolle nicht, dass diese Beiträge per se gekappt würden.

Dies sei nun etwas viel Lob gewesen und sie habe zum Schluss noch etwas Negatives: Die SP bedaure sehr, dass der Gemeinderat das Lehrschwimmbecken stillschweigend in einer "Hauruck-Übung" schliessen wolle. Eigentlich hätte dies in die vorgesehene ASP hinein gehört; sie werde in der Detailberatung einen entsprechenden Antrag stellen. Die SP-Fraktion sei mit den gemeinderätlichen Anträgen aber vollumfänglich einverstanden.

Beat Schmitter führt namens der FDP/jf-Fraktion aus, man könne die finanzielle Situation der Gemeinde nicht als problemlos bezeichnen. Wie schon anlässlich verschiedener Anlässe ausgeführt worden sei, hätten wir ein Einnahmenproblem. Die Möglichkeiten für Einsparungen seien eher gering, dies wisse man zumindest seit dem Finanzseminar der FDP im Sternen vor einigen Wochen. Grössere Spar- und Verzichtsanstrengungen würden unweigerlich harschen Protest aus verschiedensten Kreisen heraufbeschwören; er befürchte, dass heute Abend noch so etwas zu hören sei. Die FDP/jf-Fraktion habe sich intensiv mit der finanziellen Situation und mit dem Budget auseinandergesetzt und die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten engagiert diskutiert. Auch sie könne für die grösstenteils fremdbestimmten finanziellen Probleme keine Patentlösung anbieten. Dass aber die Gemeindefinanzen im Lot bleiben müssten, sei auch für sie unbestritten. Die FDP habe sich immer dafür eingesetzt, keine Steuern auf Vorrat zu erheben, ein Eigenkapital von 3 Steuerzehnteln zu bewahren und die Verschuldung nicht über CHF 50 Mio. ansteigen zu lassen. Die heutige Situation erlaube es nicht, diese Vorgaben zu erfüllen.

Eine Rückweisung des Budgets sei für die FDP/jf-Fraktion keine Lösung; sie möchte keine amerikanischen Verhältnisse provozieren. Ohne Begeisterung, er möchte fast sagen mit Zähneknirschen, habe die FDP deshalb beschlossen, den Anträgen des Gemeinderats zu folgen und der Erhöhung des Steuersatzes und der Liegenschaftssteuer zuzustimmen. Es werde sich in den nächsten Jahren zeigen, ob – wenn sich die Finanzlage verbessern sollte – eine neuerliche Steuerreduktion ins Auge gefasst werden könne. Wichtig sei es aus seiner Sicht, dass der Rat heute Abend die Sparbemühungen des Gemeinderats nicht durch neue Ausgaben und Begehren torpediere, sondern dass er in allen Bereichen Disziplin walten lasse. Die FDP/jf-Fraktion werde dementsprechend im Budget bei allen neuen Ausgaben grosse Zurückhaltung zeigen.

Noch einige Worte zum Lehrschwimmbecken, welches in den letzten Tagen zu einigen Turbulenzen geführt habe: Grundsätzlich sei dieses Vorhaben nicht Teil des aktuellen Traktandums. Er denke, dass man zu gegebener Zeit – vermutlich bei der Behandlung der hängigen Vorstösse und der ASP – darüber sprechen und gegebenenfalls Entscheide fällen werde. Für die heutige Budgetdebatte habe für den Rat zu gelten, dass er diesen zukünftigen Prozess nicht mit finanziellen Entscheiden präjudizieren wolle.

Die heute zu diesem Traktandum zu fällenden Entscheide seien für alle zumindest unattraktiv, es würden sich damit keine Lorbeeren holen lassen. Trotzdem müsse man hier durch und er freue sich auf eine konstruktive Diskussion.

Martin Häusermann erklärt, wiederholt habe die forum-Fraktion in den letzten Jahren auf die sich abzeichnende Finanzsituation hingewiesen. Seit 2009 weise die Rechnung unserer Gemeinde jährlich ein Defizit aus. Kumuliert betrage das Defizit über die letzten 5 Jahre – 2009-2013/Hochrechnung – insgesamt knapp CHF 14 Mio. Im selben Zeitraum habe das Eigenkapital um denselben Betrag abgenommen und sich damit mehr als halbiert. Gleichzeitig hätten noch die Schulden um CHF 5 Mio. zugenommen. Das forum und auch andere Parteien hätten in dieser Periode verschiedentlich Anträge auf eine höhere Steueranlage gestellt, welche jedoch von der Mehrheit nicht angenommen worden seien. Auch habe die forum-Fraktion Voranschläge mehrmals nicht genehmigt, weil sie eine derartige Finanzpolitik nicht habe unterstützen wollen. Muri habe demzufolge zur Aufgabenerfüllung in den letzten 5 Jahren deutlich zu wenig Steuern eingenommen. Erneut liege nun ein Voranschlag vor, welcher ein Defizit von knapp CHF 1 Mio. vorsehe. Dies, obschon mit einer Anhebung der Steueranlage gerechnet werde. Das forum hätte es begrüsst, einen ausgeglichenen Voranschlag vorgelegt zu bekommen. Allenfalls hätte bei den Personalkosten noch restriktiver budgetiert werden können. Sofern überhaupt Besoldungsanpassungen vorgenommen würden, sollten diese aus Sicht des forums individuell erfolgen. Mit einer Steueranlage von 1.20 und einer Liegenschaftssteuer von 0.7 ‰ sei das forum einverstanden. Den Rückweisungsantrag der SVP werde das forum sicher nicht unterstützen, eine unveränderte Steueranlage wäre verantwortungslos.

Einig sei das forum mit dem Gemeinderat, dass Muri primär ein Einnahmenproblem habe und er sei froh, dass auch die FDP dies so sehe. Ebenso einig mit dem Gemeinderat sei man darüber, die Attraktivität der Gemeinde als Lebens- und Wohnort zu erhalten und mit dem grundsätzlichen Bekenntnis zu den heutigen Standards bei den freiwillig erbrachten Leistungen in den Bereichen Kultur, Sport, Jugend, Soziales, Natur, Bildung und öffentliche Sicherheit. Wie eingangs erwähnt, hätte eine weit-sichtige Finanzpolitik rechtzeitig Massnahmen eingeleitet. Jetzt sei der Gemeinderat leider in Rücklage geraten und habe eiligst ein Verzichtspaket geschnürt. Weil offenbar die Zeit für eine sorgfältige Analyse gefehlt habe, sei nach der Methode "50 %-ige Kürzung querbeet" operiert worden. Zum Teil würden Angebote oder Beiträge auch ganz aufgehoben, wie z.B. die individuelle Aufgabenhilfe, welche per Mitte des nächsten Jahres eingestellt werde. Dies alles führe nun dazu, dass nicht bei allen gekürzten Positionen die Auswirkungen wirklich zu Ende gedacht worden seien. Gerade Einsparungen im sozialen Bereich, wie z.B. die Kürzungen beim Mahlzeiten- und Fahrdienst, könnten später zu höheren Sozialausgaben führen. Nicht einverstanden sei das forum mit den Kürzungen im Bereich Kultur. Die Fraktion werde deshalb in der Detailberatung einen entsprechenden Antrag stellen.

Im Weiteren habe der Gemeinderat angekündigt, eine Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP) einzuleiten. Diesbezüglich fordere die forum-Fraktion Transparenz und angemessene Partizipation bei der Abwicklung. Als schlechtes Beispiel habe der Gemeinderat kurzfristig und hinter verschlossenen Türen beschlossen, das Lehrschwimmbecken Melchenbühl auf Ende des Schuljahres im Juli 2014 zu schliessen. Darüber sei bisher keine transparente Kommunikation an das Parlament erfolgt, aus welcher die gemachten Überlegungen, geprüfte Alternativen oder die zukünftige Lösung für den Lehrschwimmunterricht hervorgehe. Die forum-Fraktion werde deshalb eine Motion betreffend Lehrschwimmbecken einreichen und werde auch den Antrag der SP, diese Investitionen im Investitionsplan wieder einzustellen, unterstützen.

Ansonsten sei das forum mit dem vorgelegten Investitionsplan einverstanden. Insbesondere werde begrüsst, dass die Investitionen nun vollständiger – d.h. inkl. den anstehenden Sanierungen von Liegenschaften im Verwaltungsvermögen – dargestellt worden seien. Dies verbessere die Mittelfristplanung und damit auch die Qualität des Finanzplans. Es führe jedoch auch dazu, dass der Selbstfinanzierungsgrad weiterhin tief ausfalle und damit die Schulden weiter ansteigen würden. Das forum werde sich in der Detailberatung wieder melden.

Der Vorsitzende stellt nach den Fraktionserklärungen fest, dass folgender Rückweisungsantrag der SVP vorliege: "*Rückweisung der Vorlage an den Gemeinderat zur Überarbeitung mit unveränderten Ansätzen*". Über Rückweisungsanträge werde am Schluss der Beratung abgestimmt.

Rolf Friedli (SVP) führt aus, er möchte nach diesen Fraktionserklärungen und vor der Detailberatung eine persönliche Stellungnahme abgeben. Der Botschaft sei zu entnehmen und es sei zu vernehmen gewesen, wir hätten primär ein Ertragsproblem. Er persönlich bestreite dies. Weshalb? Wie Martin Häusermann ausgeführt habe, hätten wir seit 2009 regelmässig negative Abschlüsse. Manchmal hätten uns Sondermassnahmen wieder etwas in den Plusbereich gebracht, aber eine Budgetierung sei immer schwierig gewesen. Man spreche nun seit 2009 und bis 2014 immer von einem Ertragsproblem, aber wir hätten ein Aufwandproblem. Wir hätten es seit 2009 nicht geschafft, unsere Aufwände so anzupassen, dass wir mit den prognostizierten Erträgen leben könnten. Wir hätten in den letzten paar Jahren unser Tafelsilber "verscherbelt". Wenn nun nach 5 Jahren mit negativen Abschlüssen immer noch von einem Ertragsproblem gesprochen werde, so schaue man der Realität nicht in die Augen. Wenn jetzt über Einzelpositionen diskutiert werde, so bringe dies nichts. Er wolle den Gemeinderat darin bestärken, die ASP wirklich sehr fundiert durchzuführen und für das Protokoll festhalten, dass wir nicht ein Ertrags-, sondern ein Aufwandproblem hätten. Dies sei seit 5 Jahren bekannt. Sämtliche Sparbemühungen dieses Parlaments der letzten paar Jahre seien nicht umgesetzt worden. Bemühungen, beim Personal der Gemeindeverwaltung – welches sehr gut dotiert sei, obwohl 30 % der Aufgaben an den Kanton abgewandert seien – zu sparen, seien nie berücksichtigt worden. Deshalb erachte er es als nicht statthaft, hier von einem Ertragsproblem zu sprechen, auch wenn die Mehrheit im Rat dies so akzeptiere. Wir hätten seit Jahren ein Aufwandproblem, welches ernst genommen werden müsse.

Detailberatung Investitionsplan 2013 – 2018

Kapitel 0, Allgemeine Verwaltung, S. 2

Keine Bemerkungen

Kapitel 1, Öffentliche Sicherheit, S. 3

Keine Bemerkungen

Kapitel 2, Bildung, S. 4 + 5

Kornelia Hässig verweist auf den auf den Tischen aufliegenden Antrag. Die SP sei absolut nicht damit einverstanden, dass das Lehrschwimmbecken geschlossen werde. Sie sei zwar offen für Diskussionen, aber erst, wenn entsprechende Abklärungen vorliegend seien. Sie habe das Gefühl, der Beschluss sei gefällt worden, ohne dass Lösungen vorliegen würden. Solange keine Lösungen bestehen würden, könne man das Lehrschwimmbecken, welches Bestandteil der Gemeinde Muri sei, nicht einfach schliessen. Die Kredite sollten deshalb im Investitionsplan (Seite 5) wieder eingestellt werden. Wenn die SP hier etwas absegnen würde, würde sie quasi bestätigen, dass sie den Beschluss des Gemeinderats akzeptiere. Dies sei aber, zumindest im Moment, auf diesen Grundlagen nicht der Fall. Sie habe am Finanzevent

nachgefragt und wenn man die Kredite wieder einstellen würde, würde nicht die ganze Finanzplanung auseinanderfallen und eine weitere Erhöhung des Steuerfusses mit sich bringen. Die Kredite sollten erst aus dem Investitionsplan entfernt werden, wenn das Parlament aufgrund von ausführlichen Entscheidungsgrundlagen entscheiden könne. Sie verweise im Übrigen auf den vorliegenden Antrag.

Auf Frage des Vorsitzenden, in welchen Jahren die Kredite einzustellen seien, erklärt Kornelia Hässig, sie denke in den Jahren 2014, 2015 und 2016.

Thomas Hanke führt aus, die Diskussion im Gemeinderat wäre wohl leichter gefallen, wenn die drei beantragten Investitionen von CHF 110'000.00, CHF 80'000.00 und CHF 115'000.00 nicht für das Jahr 2014 mit dem Hinweis "dringend notwendig, ansonsten gefährlich" eingelangt wären. Im Weiteren sei angekündigt worden, dass für die Folgejahre jährlich wiederkehrende Investitionen von rund CHF 100'000.00 einzustellen seien, nebst den jährlich budgetierten Unterhaltskosten von CHF 175'000.00, verteilt auf verschiedenste Positionen. Das Lehrschwimmbecken sei seit 20 Jahren permanent ein Thema. Es handle sich um eine Energieschleuder, die Sanierung der Gebäudehülle wäre in den Beträgen nicht enthalten gewesen, hätte aber auch einmal angestanden etc. Deshalb sei der Gemeinderat zum Schluss gekommen, dass das Kosten-/Nutzenverhältnis nicht stimme, eine andere Lösung gefunden werden müsse und er habe daher die drei Sanierungsbeträge für nächstes Jahr gestrichen, mit der Konsequenz, dass das Lehrschwimmbecken auf Ende Schuljahr geschlossen werde. Es sei wohl verständlich, dass der Gemeinderat auf eine weitergehende Information als die der betroffenen Kommissionen verzichtet habe, da er ja gewusst habe, dass dies im Parlament so oder so ein Thema sein werde. Er habe grosses Verständnis für den Antrag, aber "... bis auf Weiteres..." sei eine Planungserklärung. Der Gemeinderat sei bereit, das Lehrschwimmbecken zu schliessen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen umzusetzen. Es sei klar, der Schwimmbetrieb müsse angeboten werden können; man sei noch am Abklären, in welcher Art und Weise. Der Gemeinderat mache beliebt, die Beträge nicht in den Investitionsplan aufzunehmen. Der Investitionsplan sei ein Richtplan und ein findiger Finanzspezialist würde wohl darauf kommen, dass die drei Beträge insgesamt ein Gesamtes darstellen würden, der Gemeinderat über diese Investitionen beschliessen und so oder so dem GGR Anträge vorlegen müsste. Der Gemeinderat habe aber beschlossen, hier das Bekenntnis zu seiner Investitionsplanung zu bekräftigen. Es handle sich um schmerzhaftes Einschnitte, aber es tue immer jemandem weh. Der Gemeinderat habe sich den Entscheid nicht leicht gemacht, aber es seien einfach im Verhältnis zum Ertrag viel zu hohe Kosten vorliegend.

Martin Häusermann (forum) erklärt, er möchte kurz das Votum von Kornelia Hässig ergänzen. Wenn der Betrag heute in den Investitionsplan eingestellt werde, so sei dies kein Präjudiz und auch kein Vorentscheid bezüglich Lehrschwimmbecken Melchenbühl. Es sei einzig und allein als präventive Massnahme zu verstehen. Anlässlich der Fragerunde sei der Finanzverwalter gefragt worden, wie man vorgehen müsste, wenn man über das Lehrschwimmbecken diskutieren möchte. Eine Massnahme wäre eben, die Mittel im Investitionsplan zu belassen. Nicht ausgegeben und wieder gestrichen wären sie dann schnell. Es handle sich also nicht um ein Präjudiz, sondern man gehe in die Diskussion über das Lehrschwimmbecken. Wenn man feststelle, dass der Betrag nicht gebraucht werde, sei er schnell wieder gestrichen, aber das Geld wäre nicht vorhanden, falls man es brauchen würde. Er bitte die Ratsmitglieder, dem Antrag der SP zuzustimmen.

Andrea Corti (FDP) führt aus, die FDP/jf-Fraktion werde in diesem Zusammenhang eine Interpellation einreichen, in welcher sie u.a. wissen möchte, wie die Rahmenbedingungen beim Lehrschwimmbecken Melchenbühl seien, welches die Alternativen bei einer Schliessung wären etc. Man möchte auch entsprechende Informationen er-

halten und die Interpellation ziele in die gleiche Richtung, wie die beiden Motionen, welche heute eingereicht würden. Es mache aber keinen Sinn, im Investitionsplan für das Jahr 2014 wieder Positionen einzutragen. Aufgrund der Vorstösse, welche heute eingereicht würden, werde dies ja im Parlament ohnehin noch thematisiert und es würden Fragen beantwortet.

Der Vorsitzende ersucht Kornelia Hässig um Präzisierung des Antrags bezüglich Investitionsjahre.

Kornelia Hässig führt aus, sie beantrage die Einstellung der Beträge im Jahr 2014. Wenn das Bad nicht geschlossen werde, müsse man zwingend etwas machen und dies wäre 2014. Wenn das Geld nicht im Investitionsplan eingestellt sei, könne man gar nichts machen, da man nicht Geld ausgeben könne, das gar nicht eingestellt sei. Wenn das Parlament zum Schluss komme, das Lehrschwimmbecken solle nicht geschlossen werden, könnte nicht saniert werden, wenn das Geld nicht eingestellt sei. Mindestens so viel, wie für eine weitere Offenhaltung des Bades zwingend nötig wäre, müsste im Jahr 2014 eingestellt werden. Sie müsste wissen, um wie viel es sich hierbei handle.

Thomas Hanke erklärt, wenn das Parlament nächstes Jahr beschliesse, das Lehrschwimmbecken aufrecht zu erhalten, müsse die Sanierung vorgenommen werden, ob die Mittel nun im Investitionsplan eingestellt seien oder nicht. Wie erwähnt handle es sich beim Investitionsplan um einen Richtplan. Jede darin enthaltene Position müsse vom finanzkompetenten Organ beschlossen werden und bei einem Betrag von CHF 315'000.00 handle es sich dabei um das Parlament. Wenn also der GGR beschliesse, das Bad sei nicht zu schliessen, dann werde es saniert. Beim vorliegenden Investitionsplan handle es sich um die Absichtserklärung des Gemeinderats, wie er die Finanzen im Griff halten wolle. Dass der Rat begeistert oder weniger begeistert davon sei, sei klar. Wie gesagt, es handle sich um einen Richtplan, Stand heute.

Kornelia Hässig führt aus, wenn man sich darauf verlassen könne, habe sie keine Mühe damit. Sie wolle einfach im Nachhinein nicht hören, man könne das Bad nicht offen halten, da man kein Geld eingestellt habe.

Thomas Hanke erklärt, normalerweise werde er von Finanzverwalter Beat Schmid "gestüpft", wenn er etwas erzähle, was finanzpolitisch nicht "verhebe". Es sei aber so, dass wenn das Parlament nächstes Jahr Investitionen von CHF 315'000.00 ins Lehrschwimmbecken beschliesse, der Vollzug durch den Gemeinderat erfolge.

Kornelia Hässig präzisiert den Antrag der SP-Fraktion dahingehend, dass alle drei Positionen für die Sanierung des Lehrschwimmbeckens für das Jahr 2014 im Investitionsplan einzustellen seien.

Abstimmung über den Antrag der SP-Fraktion

Die Kosten für die Sanierung des Lehrschwimmbeckens (CHF 80'000.00 für Hallenbad Hubboden, CHF 110'000.00 für Elektroanlagen im Bereich Hallenbad, CHF 115'000.00 für Teilersatz Wasseraufbereitungsanlage) seien im Investitionsplan im Jahr 2014 einzustellen.

Beschluss

Der Antrag der SP-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt.

Kapitel 3, Kultur und Freizeit, S. 6 + 7

Keine Bemerkungen

Kapitel 4, Gesundheit / Kapitel 5, Soziale Wohlfahrt, S. 7 + 8

Keine Bemerkungen

Kapitel 6, Verkehr, S. 9-11

Keine Bemerkungen

Kapitel 7, Umwelt und Raumordnung, S. 12 + 13

Keine Bemerkungen

Kapitel 8, Volkswirtschaft / Kapitel 9, Finanzen und Steuern, S. 14

Keine Bemerkungen

Zusammenfassung, S. 15

Keine Bemerkungen

Investitionsplan 2012 – 2017 nach Prioritäten, S. 16-20

Thomas Hanke führt als Hinweis zu Seite 20 des Investitionsplans aus, die ganz fundierten Leser hätten eine neue Priorität festgestellt, nämlich die Priorität D. Es lebe das copy and paste; seit Einführung des Priorisierungssystems stehe vermutlich auf Seite 20 immer ein D, was es nicht gebe. Es würde sich um ein P, "Parlamentarische Verpflichtung", handeln.

Finanzplan 2013 – 2018

Finanzplan Variante 1

Keine Bemerkungen

Finanzplan Variante 2

Keine Bemerkungen

Detailberatung Voranschlag 2014

Die Beratung des Voranschlags erfolgt kapitelweise nach der Funktionalen Gliederung.

Allgemeine Verwaltung, S. 2-4

Keine Bemerkungen

Öffentliche Sicherheit, S. 5-7

Keine Bemerkungen

Bildung, S. 8-10

Keine Bemerkungen

Kultur und Freizeit, S. 11-13

Martin Häusermann führt aus, die forum-Fraktion beantrage, bei der Position "Beiträge an Konzerte, Theater, Ausstellungen", das Budget auf CHF 15'000.00 festzusetzen. Er wolle dies kurz begründen: Eine schmerzhaft Kürzung um 50 % würde das kulturelle Angebot der Gemeinde empfindlich treffen. Würde nur noch der vorge-sehene Beitrag budgetiert, so bestehe die Gefahr, dass beispielsweise die beliebten Mettlenkonzerte, Konzerte der in der Gemeinde verankerten Singfoniker, des

Frauenchors oder auch die Kinderfasnacht keine Unterstützung mehr erhalten würden. Auch könnten in der Gemeinde wohnhafte Künstler nicht mehr gezielt unterstützt werden. Dies wäre für Muri ein Verlust und ein Armutszeugnis, gebe es doch viele kulturinteressierte und kulturschaffende Menschen in unserer Gemeinde und würden solche Anlässe die Lebensqualität ungemein bereichern. Es sollte auch vermieden werden, dass kulturelle Anlässe ausserhalb der Gemeinde bedeutend mehr Unterstützung erfahren würden, als lokal durchgeführte Anlässe. Die Kulturkommission, welche für die Prüfung der Unterstützungsgesuche verantwortlich sei, würde de facto obsolet. Aufwand und Wirkung würden in einem äusserst ungünstigen Verhältnis zueinander stehen. Er wolle daran erinnern, dass der Rat im vorhergehenden Traktandum die Kulturkommission neu ergänzt, eine Präsidentin gewählt habe. Lea Heimann sitze hier unter den Gästen und wäre wohl froh, wenn sie über ein gewisses Budget verfügen könnte, damit sich der Einsatz in der Kulturkommission auch lohne. Es sei nicht wirklich einzusehen, weshalb der Gemeinderat in Eigenkompetenz über mehr kulturelles Budget verfüge, als die fachlich kompetente Kulturkommission. Er ersuche die Ratsmitglieder, den Antrag zu unterstützen. Es gehe nicht um sehr viel Geld, sondern um knapp CHF 7'000.00. Es sollte ein Zeichen sein an die Arbeit der Kulturkommission und an den Kulturbereich unserer Gemeinde. Er bedanke sich für die Unterstützung.

Patricia Gubler erklärt, der Gemeinderat werde an seinem Antrag festhalten. Es sei heute Abend einige Male zu hören gewesen, dass sparen weh tue; dies sei so. Man müsse überall beim Sparen ansetzen und dies sei auch bei der Kultur so. Dies sei vorerst einmal für nächstes Jahr, vielleicht gehe es uns ja in den kommenden Jahren finanziell wieder besser und dann könne der Kulturbeitrag wieder erhöht werden. Sie denke, dass man auch mit diesem Geld – mit der Hälfte – weiterhin ein attraktives, spannendes und gutes Kulturangebot in der Gemeinde anbieten könne. Man treffe sich jährlich mit den umliegenden Gemeinden zum Kulturaustausch und es sei nach wie vor so, dass Muri auch mit dem vorliegenden Beitrag immer noch relativ viel Geld für Kultur zur Verfügung habe. Sie bitte die Ratsmitglieder, den Antrag der forum-Fraktion abzulehnen.

Beat Schmitter (FDP) führt aus, es handle sich um eine grundsätzliche Frage. Es würden alle einsehen, dass Kultur wichtig sei und unterstützt werden sollte. Aber man würde hier ein Präjudiz schaffen. Wenn man die Beiträge bei der Kultur erhöhe, komme sofort der Sport und diese und jene, die ebenfalls höhere Beiträge möchten. Auch kleines Vieh mache Mist und schlussendlich würde wieder ein Riesenbetrag an Erhöhungen vorliegen. Begehrlichkeiten seien immer vorhanden und es müssten alle akzeptieren, dass diese im Moment nicht berücksichtigt werden könnten. Vielleicht gehe es nächstes Jahr besser, vielleicht gehe es auch weniger gut, das wisse man nicht. Aber im Moment sollte man nicht anfangen, links und rechts herumzuschrauben, sonst habe man innert kürzester Zeit ein "Jekami", weil immer wieder etwas dazu komme.

Abstimmung über den Antrag der forum-Fraktion

Das Budget Kto. 309.365.20 "Beiträge an Konzerte, Theater, Ausstellungen" sei auf CHF 15'000.00 festzusetzen.

Beschluss

Der Antrag der forum-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt.

Gesundheit, S. 14

Keine Bemerkungen

Soziale Wohlfahrt, S. 15-18

Keine Bemerkungen

Verkehr, S. 19 + 20

Keine Bemerkungen

Umwelt und Raumordnung, S. 21 + 22

Keine Bemerkungen

Volkswirtschaft, S. 23

Keine Bemerkungen

Finanzen und Steuern, S. 24-26

Keine Bemerkungen

Artengliederung, S. 27-29

Keine Bemerkungen

Produktgruppenbudget Feuerwehr AMG 2014

Keine Bemerkungen

Zusammenstellung der wesentlichen, nicht gebundenen Ausgaben

Keine Bemerkungen

Peter Kneubühler (FDP) führt aus, er wolle noch etwas zu den beiden vorliegenden Varianten sagen. Bei Variante 2 sei ganz klar eine Absicht des Gemeinderats enthalten, nach den schwierigen Jahren 2014/15, wo es offenbar eine Steuererhöhung brauche, die Steuern zu senken, sofern die Finanzen dies zulassen würden. Bei Variante 1 fehle dies; das Bekenntnis sei hier nicht ersichtlich. Der GGR nehme den Finanzplan zwar nur zur Kenntnis. Das fehlende Bekenntnis führe dazu, dass im Jahr 2018 – er wisse, dies stehe in den Sternen – von einem Eigenkapital von CHF 20 Mio. die Rede sei; ein sehr hoher Betrag. Er wolle einfach noch einmal darauf hinweisen, dass man nach den schwierigen Jahren 2014/15 – und falls es danach wieder besser gehe – Steuersenkungen ins Auge fassen, sowohl beim Steuerfuss, als auch bei der Liegenschaftssteuer und die Erhöhungen nicht einfach quasi unbefristet weiterführen sollte.

Das Schlusswort wird weder von Jsabelle Gossweiler noch von Thomas Hanke verlangt.

Abstimmung über den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion

Rückweisung der Vorlage an den Gemeinderat zur Überarbeitung mit unveränderten Ansätzen.

Beschluss

Der Antrag der SVP-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt.

Schlussabstimmung

Beschluss

1. Der Investitionsplan der Einwohnergemeinde für die Jahre 2013 - 2018 wird genehmigt (31 Ja / 2 Nein / 3 Enthaltungen).
2. Vom Finanzplan 2013 - 2018 wird Kenntnis genommen.
3. Für generelle und individuelle Besoldungsanpassungen werden im Voranschlag 2014 insgesamt maximal 1,0 % zur Verfügung gestellt (32 Ja / 0 Nein / 4 Enthaltungen).
4. Zuhanden der Volksabstimmung vom 15. Dezember 2013 (31 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen)

Der Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2014 wird mit folgenden Ansätzen genehmigt:

- ordentliche Gemeindesteuer im 1.20-fachen Betrag der im Steuergesetz vorgesehenen Einheitsansätze;
- Liegenschaftssteuer 0,7 ‰ des amtlichen Wertes;
- Feuerwehrpflichtersatzabgabe 2 % des Kantonssteuerbetrags, mindestens CHF 20.00, maximal CHF 400.00.

4 Interpellation Kneubühler (FDP): Künftige Investitionstätigkeit im Zeichen prekärer Gemeindefinanzen

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, er entschuldige sich bei Peter Kneubühler dafür, dass überall noch die Hundetaxe erwähnt werde. Offenbar habe sein damaliges Votum einen so nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Dem sei nicht so, es handle sich einfach um einen copy and paste-Fehler.

Peter Kneubühler (FDP) führt aus, Thomas Hanke habe nun den "Gag", den er eigentlich habe bringen wollen, schon vorweggenommen. Er habe schon gedacht, die Hundetaxe werde wegen seinem nachhaltigen Votum erwähnt. Wahrscheinlich sei die Hundetaxe nun auf immer und ewig mit seinem Namen verschweisst. Zur gemeinderätlichen Stellungnahme habe er zwei kurze Bemerkungen: Dass der Gemeinderat die Investitionen nun wieder hinauffahren wolle, finde er gut und es seien offenbar auch bereits entsprechende Sachen am Laufen beim zuständigen neuen Abteilungsleiter. Zweitens könne man nicht einfach investieren "à gogo", sonst habe man dann ein tatsächliches Problem und die Kosten würden aufs Unermessliche ansteigen. Es müsse vermutlich irgendwie ein Mittelweg gefunden werden. Der Gemeinderat habe dies erkannt und sei auf dem richtigen Weg, indem er die Investitionen auf ein gutes Mass hinauffahre.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

5 Postulat Kneubühler (FDP) betr. durchgehender beidseitiger Velostreifen für den Dennigkofenweg

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, es gehe hier nicht um die Hundetaxe, sondern um Velostreifen-Markierungen. Man könne sagen: "Auftrag erfüllt". So wie er gesehen und gehört habe, funktioniere das und er sei froh, dass man dort nun eine saubere Sache habe.

Peter Kneubühler (FDP) bedankt sich vor allem beim Parlament, welches damals diese Motion als Postulat überwiesen und damit den Grundstein für die Realisierung gelegt habe. Er danke auch dem Gemeinderat für die wirklich sehr rasche Umsetzung. Der Velostreifen sehe super aus und es sei ein Bereich für die Sicherheit der Velofahrer auf dem langen Dennigkofenweg geschaffen worden, der vorher nicht vorhanden gewesen sei. Es handle sich um eine der meist befahrenen Gemeindestrassen und dass dort der Velofahrer einen eigenen, geschützten Bereich habe, finde er sehr wichtig. Dazu komme, dass der Velostreifen die Fahrbahn optisch einenge und er erhoffe sich nun trotz Flüsterbelag, dass die Höchst-Geschwindigkeit auf dem Dennigkofenweg dank der optischen Einengung nicht mehr überschritten werde. Man werde wohl irgendeinmal noch erfahren, wie es tempomässig aussehe. Dies müsse dort ohnehin noch an die Hand genommen werden, nicht nur wegen dem eingereichten Vorstoss.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Christian Staub nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat Kneubühler (FDP) betr. durchgehender beidseitiger Velostreifen für den Dennigkofenweg wird als erledigt abgeschrieben.

6 Postulat FDP/jf-Fraktion betr. Lärmbelastung und Sicherheit Flugplatz Bern-Belpmoos

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Daniela Pedinelli erklärt als gemeinderätliche Sprecherin, sie habe als Zusatzinformation zur Stellungnahme, dass gemäss einer Pressemeldung die Umsetzung des GPS-gestützten Anflugverfahren bereits für Ende 2014 / Anfang 2015 geplant sei. Die öffentliche Planaufgabe werde also demnächst erfolgen. Mehr Informationen habe sie nicht. Man verspreche sich von diesen GPS-gestützten Anflügen vor allem für Muri eine wesentliche Lärmentlastung. Ob dem so sei, werde sich dann zeigen.

Peter Kneubühler (FDP) führt aus, die meisten wüssten wohl schon, was er sagen wolle. Es sei so, dass man in den letzten Jahren habe feststellen müssen, dass mehr Flugzeuge über Gümligen – Melchenbühl, Dorf – fliegen würden. Sie würden relativ hoch und Richtung Süden fliegen, um den Südanflug zu machen. Dies habe wohl nichts mit dem GPS zu tun, denn dieses gebe es ja noch nicht. Seiner Meinung nach sollte der GPS-gestützte Anflug unbedingt dazu führen, dass kein Flugzeug mehr im Südanflug über Siedlungsgebiet fliege, sondern über den Dentenberg. Es wäre ihm ein Anliegen, dass sich der Gemeinderat auch diesbezüglich äussere und dass man nicht nachher komme und sage: "GPS = Anflug über Gümligen". Er gönne ja den

Murigern, wenn sie dort weniger Anflüge hätten, diese sollte aber nicht auf Gümligen umverteilt werden. Die GPS-gestützten Anflüge sollten nicht über Siedlungsgebiet erfolgen, dies wäre die Idee. Etwas stutzig gemacht habe ihn auch die Bemerkung "... richtet sich nach dem errechneten Lärmkorsett". Da über Gümligen ja relativ hoch angefliegen werde, habe er sich gefragt, ob dies dann in diesem Lärmkorsett wäre. Diesbezüglich sei der Gemeinderat gefordert, nachzufragen, ob das Lärmkorsett Anflüge über Gümligen – sprich Melchenbühl, Dorf – zulassen würde.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Daniela Pedinelli nicht verlangt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zum Postulat FDP/jf-Fraktion betr. Lärmbelastung und Sicherheit Flugplatz Bern-Belpmoos wird Kenntnis genommen.

7 Motion Wegmüller (SP) betr. Neufinanzierung der Feuerwehr Allmendingen-Muri-Gümligen

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, Kornelia Hässig habe gesagt, man sollte immer mit dem Positiven beginnen und er wolle sich deshalb für die Einreichung dieser Motion bedanken; so könne man einmal darüber sprechen. Der Motionär und die sieben Mitunterzeichnenden würden eine Abkehr der bisherigen Finanzierungsform der Feuerwehr verlangen. Begründet werde dies damit, dass die heutige Finanzierung nicht mehr zeitgemäss sei; es gelte, das Verursacherprinzip anzuwenden. Wie in der gemeinderätlichen Stellungnahme erwähnt, habe sich die bisherige Finanzierungspraxis mittels Ersatzabgaben für alle, die nicht selber aktiv Feuerwehrdienst leisten würden, sehr bewährt. Wer also gewillt sei, Feuerwehrdienst zu leisten, komme in den Genuss der Befreiung von der Ersatzabgabe. Ein Anreiz also, sich mit einem persönlichen Engagement für die Allgemeinheit eine Ersatzabgabe zu verdienen. Diese Art des Abverdienens sei für die Feuerwehrverantwortlichen und den Gemeinderat und wichtiger und zentraler Punkt bei der Rekrutierung von neuen AdF (Angehörige der Feuerwehr). Würde dieser Punkt künftig wegfallen, wäre der Anreiz nicht mehr im gleichen Ausmass vorhanden und die Probleme bei der Rekrutierung von neuen AdF würden damit noch grösser. Er halte ganz klar dafür, dass so lange wie irgendwie möglich und vertretbar die heutige Finanzierungsform beibehalten werden sollte. Wenn wir nicht mehr in der Lage seien, die nötige Anzahl AdF zu stellen, sähe er andere Szenarien bezüglich der weiteren Existenz unserer Feuerwehr. Diese Diskussion müsse aber aufgrund des heutigen Bestands noch nicht geführt werden. Dies heisse aber nicht, dass sich Geschäftsleitung und Kommando nicht intensiv mit der Frage der Rekrutierung von neuen, willigen Gemeindegewohnerinnen und -bürgern befasse und weiterhin werde befassen müssen. Er bitte den Rat, dem gemeinderätlichen Antrag auf Ablehnung zu folgen.

Beat Wegmüller (SP) erklärt, ihm sei klar, dass er mit dieser Motion ein heikles Thema angesprochen habe, obwohl er damit nicht neue Begehrlichkeiten gefordert habe, sondern es handle sich einfach um eine andere Finanzierung. Die Feuerwehr sei schon immer so finanziert worden und dies habe sich bewährt, habe er etwa gehört. Es sei aber auch klar, dass sich die Verhältnisse in den vergangenen Jahrzehnten wesentlich verändert hätten. Als er als junger Mann Feuerwehrdienst geleistet habe, habe er an 4-5 Übungen pro Jahr teilnehmen müssen. Er sei natürlich froh gewesen, dass er keine Feuerwehrsteuer habe bezahlen müssen und dafür ein-

mal mehr in den Ausgang haben gehen können. Heute seien die Anforderungen an die Feuerwehr und ihre Angehörigen enorm gestiegen und sehr umfangreich. Er glaube nicht, dass sich heute viele junge Leute durch die Feuerwehrpflichtersatzabgabe motivieren lassen würden, selber Feuerwehrdienst zu leisten. Es seien andere Gründe die zählen würden, wie Kameradschaft und die Möglichkeit, etwas zu lernen. Die Ersatzsteuer sei als Druckmittel ungeeignet. Diejenigen, welche es nur des Geldes wegen tun würden, könne man in der Feuerwehr ohnehin nicht gebrauchen; dies sei auch seine persönliche Erfahrung aus seiner 30-jährigen Feuerwehrdienstzeit. Dass die Feuerwehr Mühe habe, ihre Sollbestände zu rekrutieren, höre man ringsum. Er sei gespannt, wie dies in Muri gelöst werden solle. Nicht einmal die Hälfte der Muriger Bevölkerung finanziere die Feuerwehr. Beispielsweise bezahle in dem Haus, wo er wohne, niemand Feuerwehrsteuer. Wenn man das Produktbudget 2014 der Feuerwehr genauer anschauere, seien die beiden grössten Nettoposten die Bereitschaftskosten von CHF 162'000.00 und die Brand- und Schadensbekämpfung von CHF 80'000.00. Ein Grund, dass die Feuerwehrverantwortlichen von der neuen Finanzierung nicht begeistert seien, sei darin zu suchen, dass sie Angst hätten, ihre Unabhängigkeit zu verlieren. Er sei überzeugt, dass auch mit einer anderen Finanzierung das NPM-Projekt weitergeführt werden könnte und eine Spezialfinanzierung möglich wäre. Im Übrigen habe er im Motionstext nicht nur die Finanzierung durch die Liegenschaftssteuer erwähnt, wie dies aus der gemeinderätlichen Antwort hervorgehe. Er habe ausdrücklich von "Gemeinde- und/oder Liegenschaftssteuern" gesprochen. Es gebe nur einen Grund, die Motion abzulehnen. Er habe übrigens nicht Angst vor Niederlagen und manchmal sei er mit seinen Vorstössen der Zeit ein wenig voraus. Die Motion komme zum falschen Zeitpunkt, denn als er sie eingereicht habe, sei die Schieflage der Gemeindefinanzen noch nicht öffentlich gewesen. Die heute Abend beschlossenen Steuererhöhungen würden zurzeit nicht für einen Systemwechsel sprechen bei der Finanzierung der Feuerwehr. Die Steuer müsste in nächster Zeit noch einmal angehoben werden. Aus diesen Gründen ziehe er seine Motion zurück. Sollte sich die finanzielle Situation der Gemeinde aber in nächster Zeit wesentlich verbessern oder wenn die Erhöhung der Ersatzabgabe geplant wäre, würde man wieder von ihm hören.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Vorstoss durch den Motionär zurückgezogen wurde und das Geschäft damit erledigt ist.

11 Informationen des Gemeinderats

Es erfolgen keine Informationen durch den Gemeinderat.

12 Neue parlamentarische Vorstösse

Motion SP-Fraktion betreffend Lehrschwimmbecken Melchenbühl: JA zum Schwimmunterricht!

Der Gemeinderat wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass alle Kinder unserer Gemeinde auch weiterhin im Rahmen des obligatorischen Unterrichts schwimmen lernen.

Begründung:

In einem Brief teilte der Gemeinderat mit, dass er, eine definitive Schliessung des Lehrschwimmbeckens auf Ende Schuljahr 2013/2014, d.h. per 5. Juli 2014 entschieden hat. Gleichzeitig ist sich der Gemeinderat bewusst, „dass das Schwimmen lernen für die Entwicklung der Kinder von grosser Bedeutung ist und [...] sämtliche

Schülerinnen und Schüler des Kantons Bern den Wasser-Sicherheits-Check (WSC) bis jeweils Ende des 4. Schuljahres der Primarstufe absolviert haben müssen.“

Dieses Ziel kann ohne ein ausreichendes Infrastrukturangebot nicht erreicht werden. Dabei ist anzumerken, dass das öffentliche Freibad der Gemeinde keinen regelmässigen Schwimmunterricht erlaubt. Fragwürdig ist zudem der Hinweis des Gemeinderates, in der Stadt Bern ständen Hallenbäder und in Rüfenacht ein Lehrschwimmbecken zur Verfügung. Hat der Gemeinderat die Kapazitäten der erwähnten Schwimmbäder bereits verbindlich eruiert? Solange keine verbindlichen Abklärungen und Fakten vorliegen, kann über eine totale Schliessung nicht seriös befunden werden. Zudem ist nicht bekannt, für welche Zwecke die bestehenden Räumlichkeiten umgenutzt werden sollen, welche Kosten beim Rückbau anfallen würden und inwiefern ein Betrieb möglich ist, der weniger kostet und allenfalls auch Mehreinnahmen bringt. Das Parlament muss alle Fakten kennen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass durch den Verzicht auf das Lehrschwimmbecken die Schulen Muri-Gümligen die Vorgaben des Kantons nicht mehr erfüllen könnten und das Risiko von Unfällen zunimmt. Die vom Gemeinderat beschlossene Sparmassnahme geht auf Kosten unserer Kinder.

Muri, 22. Oktober 2013

B. Wegmüller

V. Näf-Piera, K. Hässig, B. Fitze, L. Müller, B. Schneider, M. Graham, K. Jordi, R. Sigrist, P. Kneubühler, M. Bärtschi (11)

Motion forum-Fraktion betr. Lehrschwimmbecken Melchenbühl

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Schliessung des Lehrschwimmbeckens Melchenbühl zu sistieren und dem Parlament die Entscheidungsgrundlagen zu unterbreiten. Darin auszuweisen sind die bisherige Nutzung, die Ertrags- und Kostenlage, geprüfte Alternativen und zukünftige Lösungsansätze. Der jährliche Nettoaufwand von 175'000.- (gem. Liste nicht gebundene Ausgaben) ist transparent herzuleiten.

Begründung:

Nachdem im Jahre 2012 für das laufende Schuljahr eine temporäre Schliessung während den Sommermonaten ins Auge gefasst und bei den zuständigen Kommissionen sowie der Schulleiterkonferenz abgeklärt und im Voranschlag 2014 berücksichtigt wurde, hat nun der GR kurzfristig und hinter verschlossenen Türen beschlossen, das Lehrschwimmbecken Melchenbühl auf Ende des Schuljahres (Juli 2014) zu schliessen. Darüber erfolgte bisher keine transparente Kommunikation an das Parlament aus welcher die gemachten Überlegungen, geprüfte Alternativen oder zukünftige Lösung für den Schwimmunterricht hervorgehen.

Das Lehrschwimmbecken weist sowohl bezüglich Wassertemperatur und verstellbare Tiefe ideale Voraussetzungen für den Schwimmunterricht aus. Es wird durch öffentliche und private Schulen, den Elternclub, die SLRG, die Bevölkerung sowie durch Kurs- und Fitnessanbieter rege genutzt und ist sehr gut ausgelastet. Der 14-Tagerhythmus unserer Schüler ermöglicht jedem Kind etwa 40 Stunden echte Wasserausbildung.

Bei einer Schliessung wäre nicht klar, wie der Schwimmunterricht zukünftig erfolgen würde damit die Vorgaben des Kantons (Kompetenzziele gemäss Lehrplan 21 zum Thema „Bewegen im Wasser“, Wasser-Sicherheits-Check (WSC) bis jeweils Ende des 4. Schuljahres) erfüllt werden. Auch auf die Bedürfnisse der übrigen Nutzer wird bei einer Schliessung nicht Rücksicht genommen, diese wären allenfalls zu einer

Anpassung der Entgelte bereit. Auch für die zukünftige Nutzung der frei werdenden Räumlichkeiten gibt es kein Konzept.

Wasser gehört zu den vier Elementen. Infrastrukturanlagen für Unterricht im Wasser sind knapp. Dabei ist es eine Tatsache, dass der Mensch ausgerechnet im Umgang mit Wasser eine Ausbildung benötigt, denn es gibt jährlich immer noch zu viele Wassertote.

Wer nicht rechnen kann, nimmt den Taschenrechner. Wer nicht schreiben kann, telefoniert. Wer nicht lesen kann, kauft Hörbücher. Wer nicht schwimmen kann, ertrinkt.

Muri bei Bern, 17.10.2013

M. Häusermann

M. Reimers, R. Racine, B. Wegmüller, P. Kneubühler, K. Hässig, B. Fitze, L. Müller, B. Schneider, A. Corti, M. Graham, K. Jordi, W. Thut, M. Kämpf, B. Marti, A. Bärtschi, V. Näf-Piera, R. Sigrist (18)

Postulat Wegmüller (SP) betreffend Verkauf Kabelnetz Muri

Der Gemeinderat wird im Rahmen der ASP (Aufgaben- und Angebotsprüfung) beauftragt zu prüfen, auf welchen Zeitpunkt und zu welchen Bedingungen das Kabelnetz Muri-Gümligen (Fernsehen, Radio, Telefon, Daten) verkauft werden kann.

Begründung

Die Gemeinschaftsantenne Muri-Gümligen wurde in den 70er Jahren durch die Gemeinde erstellt und mit Steuergeldern finanziert. Muri war damals hinsichtlich dem Erstellen und Betreiben einer Gemeinschaftsantennenanlage eine Pioniergemeinde. In den grösseren Städten und Ortschaften wurden damals meistens durch private Anbieter Fernseh- und Radioempfangsanlagen (z.B. Redifussion) betrieben. Durch die rasante technische Entwicklung und das Bedürfnis nach Empfang von mehreren Sendern entstanden in vielen grösseren Ortschaften öffentliche und private Gemeinschaftsantennenanlagen. In der Zwischenzeit hat sich die technische Entwicklung massiv verändert, die Bedürfnisse der Benutzerinnen und Benutzer haben zugenommen und verschiedene Player haben dieses Gebiet entdeckt. Im Gegensatz zur Entstehungszeit der Gemeinschaftsantennenanlagen sind heute verschiedene Anbieter auf dem Markt und decken mit ihren vielfältigen Angeboten die Bedürfnisse ab. Es ist heute nicht mehr eine vordringliche Aufgabe der Gemeinde, ein Kabelnetz zu betreiben. Seit der Schaffung der Gemeindebetriebe als selbstständige Anstalt gehört es zu deren Aufgabe, die Gemeinschaftsantennenanlage zu betreiben. In Art. 7 des Reglements ist die Veräusserung der Anlage geregelt*. Wenn aus finanzpolitischen Gründen eine Aufgaben- und Angebotsüberprüfung in der Gemeinde ansteht, ist auch der Verkauf des Kabelnetzes in Betracht zu ziehen.

Anstaltsreglement Gemeindebetriebe Muri

*Art. 7² Eine Veräusserung der Gemeinschaftsantennenanlage durch die GB erfordert in jedem Fall die vorgängige Zustimmung des finanzkompetenten Gemeindeorgans. Der Verkaufserlös fällt nach Abzug der durch die GB finanzierten wertvermehrenden Erneuerungen in das Finanzvermögen der EG Muri.

Gümligen, 22. Oktober 2013

B. Wegmüller

R. Racine, K. Hässig, B. Fitze, B. Schneider, M. Graham, L. Müller, K. Jordi, R. Sigrist, P. Kneubühler, M. Häusermann, B. Marti, V. Näf (13)

Interpellation FDP/jf-Fraktion zum Betrieb eines Lehrschwimbeckens

Der Gemeinderat wird beauftragt, vor einer allfälligen definitiven Schliessung des Lehrschwimbeckens im Schulhaus Melchenbühl dem GGR detaillierte Antworten zu den folgenden Fragen vorzulegen:

1. Welche Betriebs- und Unterhaltskosten sind bei einem Weiterbetrieb der Anlage in den nächsten Jahren zu erwarten?
2. Wie hoch sind die zu erwartenden Kosten einer nachhaltigen Gesamtanierung?
3. Welche konkret umsetzbaren Alternativen bestehen für den Fall einer definitiven Schliessung des Lehrschwimbeckens Melchenbühl, um der Schule Muri-Gümligen eine Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, die es ihr ermöglicht, auch in den kommenden Jahren einen regelmässigen Schwimmunterricht durchzuführen? Welche einmaligen und wiederkehrenden Kosten wären bei diesen alternativen Lösungen zu erwarten? Wo und in welchem Umfang würde dieser Unterricht stattfinden? Wie würde der Transport während der Unterrichtszeit geregelt?
4. Wie gross sind die gesamten Einnahmen der Vermietung an Vereine und private Nutzer? Könnte durch angemessene Gebühren für diese Nutzer (ähnlich wie in der Stadt Bern) ein Teil der Betriebskosten eingenommen werden?

Begründung

Dank der Weitsicht der früheren Gemeindebörden von Muri ist unsere Gemeinde seit Jahrzehnten in der glücklichen und komfortablen Lage, über ein Lehrschwimmbekken in der Schulanlage Melchenbühl zu verfügen, das regelmässig sowohl durch die Schule als auch durch Private für die Durchführung von Schwimmunterricht benutzt wird. Der Schwimmunterricht ist ein wichtiger und von vielen Bürgern sehr geschätzter Teil des Schulangebots in der Unterstufe. Ein Verzicht darauf würde von vielen Bürgern nicht verstanden. Der Gemeinderat hat nun kürzlich beschlossen, das Lehrschwimmbekken im Schulhaus Melchenbühl auf Grund der zu erwartenden Kosten von anstehenden Sanierungen auf Ende des Schuljahrs zu schliessen. Dem entsprechend sieht der Gemeinderat im Investitionsplan 2013 – 2018 für die Instandhaltung des Lehrschwimbeckens keine Investitionen mehr vor. Unsere Volksschule ist gemäss Lehrplan 21 verpflichtet, mit den Schülerinnen und Schülern Kompetenzen in den Bereichen Sicherheit im Wasser, Schwimmen, Tauchen und Wasserspringen zu vermitteln. Damit die Schule diese Aufträge erfüllen kann, benötigt sie eine Infrastruktur, in welcher der Schwimmunterricht regelmässig und von Witterungseinflüssen unabhängig durchgeführt werden kann. Gemäss Art. 48 Abs. 1 des kantonalen Volksschulgesetzes ist es Aufgabe der Gemeinde, hierfür geeignete Anlagen zur Verfügung zu stellen. Ist das Lehrschwimmbekken nicht auch ein unschlagbares Element um der Petition "Kinderfreundliche Gemeinde" gerecht zu werden? Für den Fall, dass das Lehrschwimmbekken in der Schulanlage Melchenbühl tatsächlich geschlossen werden soll, hat der Gemeinderat im Sinne einer vorausschauenden Planung vorgängig in einem ersten Schritt Möglichkeiten zu evaluieren, die als gleichwertiger Ersatz für die bestehende Anlage dienen können. Vor der definitiven Schliessung der bestehenden Anlage müsste in einem zweiten Schritt verbindlich und langfristig geregelt sein, wo und wie die Schule Muri-Gümligen ihren Schwimmunterricht zukünftig durchführen kann. Man kann sich fragen, ob es nicht sinnvoll wäre, die Überprüfung des Lehrschwimbeckens im Rahmen der vom GR angekündigten ASP sauber abzuklären. Die Frage, ob die Gemeinde gewillt ist, die Kosten für den Betrieb und den Unterhalt des Lehrschwimbeckens weiterhin aufzubringen, geht über eine reine Budgetfrage hinaus und muss daher umfassend diskutiert werden. Für eine solche Diskussion hat der Gemeinderat die entsprechenden Grundlagen zu liefern. Da die Schliessung des Lehrschwimbeckens Melchenbühl primär aus Kostengründen erfolgen soll, sind die mutmasslich zu erwartenden Gesamtkosten der möglichen Alternativen den Kosten gegenüberzustellen, die bei einem Weiterbetrieb des Lehrschwimbeckens Melchenbühl voraussichtlich anfallen würden.

Muri, 22. Oktober 2013

R. Sigrist

D. Arn, A. Bärtschi, Ch. Grubwinkler, M. Reimers, B. Wegmüller, M. Gubler,
J. Gossweiler, K. Hässig, H. Treier, P. Kneubühler, E. Mallepell, M. Kästli, A. Corti,
W. Thut, A. Damke, B. Schneider, D. Bärtschi, B. Fitze, L. Müller, M. Graham,
J. Stettler, K. Jordi, M. Humm, J. Aebersold, M. Häusermann, M. Kämpf, B. Marti (28)

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

Mitteilungen

Der Vorsitzende führt aus, die GGR-Sitzung vom 19. November 2013 werde stattfinden.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Markus Bärtschi

Anni Koch